

Aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Rentenkürzungen nichts gelernt

Von Rechtsanwalt Benno Bleiberg

Am 24.01.2002 hat erstmals ein Landes- sozialgericht über die Neuregelung des § 7 AAÜG ÄndG entschieden. Die gesetzliche Regelung beinhaltet nach wie vor den Eingriff in das Einkommen bis auf 1,0 Entgeltpunkte. Der Entscheidung lag der Fall einer Krankenschwester zugrunde, die im Zeitraum von 1963 bis 1983 als Krankenschwester bzw. als leitende Krankenschwester gearbeitet hat und im Range eines Hauptmanns aus dem MfS ausgeschieden ist.

Das Bundesverwaltungsamt hat sich wie gewohnt an der neuen Gesetzeslage orientiert und dementsprechend einen Bescheid erlassen, der die Reduzierung des Einkommens auf den Durchschnitt aller im Beitragsgebiet Beschäftigten beinhaltet (1,0).

Wie Sie sicherlich wissen, liebe ISOR-Mitglieder, wird auch diese Beschränkung des Einkommens sowohl vom ISOR-Vorstand als auch vom Anwaltsbüro Bleiberg & Schippert als verfassungswidrig angesehen. Die Argumentation ist nun aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 schwieriger. In seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt, dass eine Überhöhung des Einkommens beim MfS vorlag. Die Bundesregierung war nicht gehalten, Gutachten bzw. Statistiken zum Zeitpunkt des Erlasses des AAÜG 1991 zu erstellen. Sie wurde auch durch das Urteil nicht verpflichtet, dies nachzuholen. Allerdings hat das Gericht gleichzeitig verboten, unter 1,0 Entgeltpunkte zu kürzen und dem Gesetzgeber bei der Neuregelung selbstverständlich eine bessere Regelung erlaubt. Die Argumentation ist aber gleichzeitig auch zwingender, weil die Überhöhung des Einkommens im MfS jetzt durch Gutachten geklärt ist.

Damit ist eine erneute Ermessensentscheidung eröffnet, die sich am Einkommensniveau der übrigen Rentenberechtigten aus dem Beitragsgebiet orientieren muss. Da am gleichen Tage auch andere Einkommensbegrenzungen des alten AAÜG für verfassungswidrig erklärt wurden und gleichzeitig als oberster Wert die Beitragsbemessungsgrenze anzusehen ist, muss in diesem Verhältnis auch das Einkommen des MfS betrachtet werden. Das Bundesverfassungsgericht hat es ebenso wie der Einigungsvertrag erlaubt, Überhöhungen aus politischen Gründen abzubauen.

Dies hat die ISOR und uns veranlasst, entsprechende Gutachten in Auftrag zu geben, um die vom Bundesverfassungsgericht schon grundsätzlich festgestellten Erhöhungen des Einkommens innerhalb des MfS konkret feststellen zu lassen. Es wurden die gleichen Gutachter beauftragt, die bereits vom Bundesverfassungsgericht über andere Berufsgruppen entsprechende Gutachten erstellt haben und deren Ausführungen auch vom Bundesverfassungsgericht anerkannt wurden. Es handelt sich dabei um Prof. Dr. Kaufmann und Dr. Napierkowski. Diese Gutachten lagen dem Gesetzgeber vor der Neuregelung vor. Sie blieben bei der Gesetzgebung unberücksichtigt.

Im Ergebnis besagen die Gutachten, dass eine ca. 24%ige Erhöhung des Einkommens beim MfS vorlag. Dementsprechend haben wir auch in unseren Klageanträgen gegen diese neue Regelung des AAÜG eine entsprechende

Reduzierung des Einkommens bei der Berücksichtigung für die Rentenberechnung beantragt. Somit liegen alle Voraussetzungen vor, um dem Gesetzgeber, den Gerichten als auch den Behörden aufzuzeigen, dass eine Reduzierung nur im Umfang von 20 % zukünftig ab Geltung des neuen AAÜG ÄndG (01.06.2001) ein verhältnismäßiger und dem Gleichheitsgrundsatz entsprechender Eingriff im Sinne der Urteile des Bundesverfassungsgerichts wäre. Das LSG Berlin hat sich schon in der ersten Runde seit 1991, in der die Verfassungswidrigkeit aller Beschränkungen der Einkommensgrenzen im AAÜG offensichtlich waren, nur am Gesetz, aber nicht an der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland orientiert. Es hat damals alle Beschränkungen für verfassungsgemäß erklärt. An der Ausblendung unserer Verfassung hat sich auch, bezogen auf die erneute Entscheidung über das 2. AAÜG-ÄndG, nichts geändert.

Die Weigerung, die Beschränkung in § 7 Abs. 1 des 2. AAÜG-ÄndG erneut dem Verfassungsgericht vorzulegen, wird mit § 31 BVerfGG begründet. Danach ermöglichen nur neue Tatsachen eine erneute Vorlage beim Bundesverfassungsgericht.

Dabei wird schon nicht beachtet, dass wir ein neues Gesetz haben. Schon das ist eine neue Tatsache. Auch von den Gutachten war der Senat des LSG unbeeindruckt, da der Gesetzgeber selbst durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verpflichtet war, Statistiken bzw. Gutachten zu erheben. Diese Herangehensweise ist schon deshalb fehlerhaft, weil das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über die Kürzungen in § 6 AAÜG entschieden hat, dass

Fortsetzung auf Seite 2

Wahlprüfsteine zur Diskussion gestellt

Ausgehend von seiner politischen Konzeption vom 31.10.2001 (ISOR aktuell 11/2001) legt der Vorstand einen Entwurf von Wahlprüfsteinen vor und bittet alle TIG, das Material in den nächsten Wochen in den Vorständen und – wo das zeitlich möglich ist – in den Mitgliederversammlungen zu beraten. Wir sind sehr daran interessiert, Beratungsergebnisse und Auffassungen dazu auch von einzelnen Mitgliedern zu erfahren und möchten das für die endgültige Beschlussfassung berücksichtigen.

Der Entwurf unserer Wahlprüfsteine hat folgenden Wortlaut:

Im September 2002 sind die Wähler dieses Landes erneut aufgerufen, ihr Votum für bestimmte Parteien, deren Direktkandidaten und die von ihnen vertretene oder angekündigte Politik abzugeben. Als Interessenvertreter von mehr als 26.000 Mitgliedern, die vorwiegend der älteren Generation angehören, sehen wir uns in der Pflicht, die bisherige und künftige Politik der zur Wahl stehenden Parteien und ihrer Kandidaten gründlich

zu prüfen und im Ergebnis dieser Prüfungen fundierte Wahlempfehlungen abzugeben.

Von besonderem Gewicht sind für uns dabei die nachstehenden, als Wahlprüfsteine geltenden Fragen und Probleme:

1. *Wir beobachten mit Sorge, dass die Alterseinkommen sozialen Einschnitten ausgesetzt werden, die zu einer permanenten Abwertung der Lebensleistung der älteren Generation und zu einem stetigen Ansteigen von Altersarmut führen. Diese Situation verschärft sich durch Sanierungsvorhaben im Gesundheitswesen auf Kosten der Patienten, steuerliche Belastungen Geringverdienender und die nach wie vor ungelöste soziale Absicherung Bedürftiger im Rahmen einer sozialen Grundsicherung.*

2. *Fortschritte oder auch nur realistisch erscheinende Perspektiven bei der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West und Ost, so z. B. bei den Einkommen und Renten, sind derzeit nicht in Sicht. Es bedarf offenbar grundlegend neuer, komplexer Anstrengungen, um einen selbsttragenden „Aufschwung*

Fortsetzung auf Seite 2

Wahlprüfsteine...

Fortsetzung von Seite 1

Ost" in Gang zu setzen und auch im sozialen Bereich die Chancengleichheit zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer herzustellen.

3. Die mühsam erstrittene Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes mit seinen auf der Wertneutralität des Rentenrechts gegründeten weitgehenden Korrekturen des geltenden Rechtes hätte den Gesetzgeber veranlassen können, das Rentenstrafrecht und fortbestehende Lücken der Überführung ostdeutscher Ansprüche in das westdeutsche Rentenrecht endgültig zu beseitigen bzw. zu schließen. Es erhebt sich die Frage, ob die entsprechende Gesetzgebung auch weiter von Emotionen und bösen Vorurteilen beherrscht werden soll und Rentengerechtigkeit nur durch eine Lawine von Prozessen hergestellt werden kann.

4. Im 12. Jahr nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ist der Kalte Krieg zwar offiziell für beendet erklärt. Die Gräben, die dieser Krieg aufgerissen hat, sind aber – wie auch Verlauf und Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sichtbar werden ließen – keineswegs überwunden. Die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands steht weiter auf der Tagesordnung. Hilfreich wären in diesem Zusammenhang politische Signale für Ausgleich und Versöhnung, wie die Beendigung der Strafverfolgung für hoheitliches Handeln in der DDR bzw. Spionage für die DDR durch eine Amnestie.

5. Viele der älteren Bürger haben noch lebhaftere Erinnerungen an die Schrecken des 2. Weltkrieges und die schweren Nachkriegsjahre. Sie haben sich einst geschworen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Aus bitterer Erfahrung wissen sie auch um die sozialen Folgen von Rüstung und Krieg. Kriegeinsätzen einer weltweit operierenden Bundeswehr, dem Einsatz militärischer Mittel als Fortsetzung der Politik oder Ersatz für politische Anstrengungen können sie deshalb nicht zustimmen.

6. Politische Entscheidungen, die ältere Bürger betreffen, werden vielfach noch ohne deren Anhörung getroffen. Nötig erscheint deshalb eine stärkere politische Konsultation und Anerkennung der Leistungen von Verbänden und Vereinen, die sich überwiegend ehrenamtlich der Betreuung älterer Mitbürger widmen.

Wir fordern unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, ihre Stimme nur solchen Parteien und Kandidaten zu geben, die überzeugende Positionen zu den vorstehenden Wahlprüfsteinen vertreten. Aus Erfahrungen wissen wir aber auch um das Verfallsdatum mancher Wahlversprechungen. Wichtig bleibt für uns deshalb, ob von einem Kandidaten oder einer Partei zu erwarten ist, dass sie die berechtigten Anliegen der Wähler nicht nur aufnehmen, son-

dern auch konstruktiv in die praktische Politik umsetzen.

Vor allem aber empfehlen wir allen, zur Wahl zu gehen und sich auf diese Weise Gehör zu verschaffen.

Wir möchten erreichen, dass durch Beratungen der Mitglieder und Vorstände eine möglichst breit abgestimmte, mehrheitsfähige Position des Vereins entsteht, mit der wir uns gemeinsam im Wahlkampf der Parteien zum Bundestag, in einigen Ländern auch zu den Landtagen, zu Wort melden. Wir halten es bereits in dieser Phase für sinnvoll, sich in den Wahlkreisen mit den Kandidaten der einzelnen Parteien in Verbindung zu setzen, sie mit unseren Auffassungen vertraut zu machen und ihre Positionen in der Sache kennenzulernen. Jeder, der sich um ein Wahlamt in einem Parlament bewirbt, soll rechtzeitig wissen, dass wir unsere Mitglieder und Sympathisanten sowie deren Ehepartner und Lebensgefährten, unsere Kinder und Enkel in wahlfähigem Alter sowie unseren und deren Freundeskreis mit unseren Positionen vertraut machen. Mit diesen Stimmen kann wahrscheinlich nur rechnen, wer hierzu uns überzeugende Positionen vertritt. Wir halten es gleichermaßen für sinnvoll und wichtig, über unsere Diskussion auch die Vorstände und Basisgruppen anderer Verbände zu informieren, wo gewünscht, auch das Material zur Kenntnis zu geben und - wenn das möglich ist - auch deren Hinweise entgegenzunehmen und die Gelegenheit zu nutzen, Positionierungen für ein gemeinsames Auftreten im Wahlkampf der Parteien zu erreichen.

Wie wir in **ISOR aktuell** 1/2002 informiert hatten, hat der Vorstand diese Wahlprüfsteine auch den Vorständen anderer Verbände und Vereine, sofern das gewünscht wurde, übermittelt. Sie sollen in einer gemeinsamen Beratung im Februar 2002 dahingehend diskutiert und geprüft werden, ob und inwieweit sie Basis gemeinsamer Wahlvorbereitung sein könnten.

Analoge Beratungen in den Basisgruppen könnten hierfür hilfreich sein und die Standpunktbildung beschleunigen helfen, denn der Wahlkampf hat bereits begonnen und wir sollten die Zeit nutzen.

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender

Aus den Entscheidungen...

Fortsetzung von Seite 1

Kürzungen der Klärung der Einkommensverhältnisse entsprechen müssen. Nach den Gutachten lag eine Erhöhung des Einkommens der von § 6 AAÜG betroffenen Berufsgruppen nicht vor. Deshalb wurde diese Einkommenskürzungen verboten. Das LSG Berlin wollte die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auf die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS nicht anwenden. Das bedeutet, das LSG hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Kürzungen zwar zur Kenntnis genommen, aber wollte nichts daraus lernen.

Wir werden die Verfahren zur Durchsetzung einer verfassungsrechtlich konformen Regelung für die durch § 7 AAÜG Betroffenen weiterführen. Sobald das Urteil schriftlich vorliegt, werden wir Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision einlegen und gleichzeitig Verfassungsbeschwerde erheben.

Uns stehen noch andere Entscheidungen von Sozialgerichten, Landessozialgerichten als auch des Bundessozialgerichts bevor. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass andere Kammern bzw. Senate in der Lage sind, höchstrichterliche Entscheidungen nicht nur zu lesen, sondern sie auch umzusetzen. Allerdings wird dieser weitere Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts wiederum mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Er kann sicherlich beschleunigt werden. Letztlich wird das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden haben.

Vor allem Sie als die Betroffenen, werden noch viel Kraft und Ausdauer benötigen, um das alles durchzustehen. Eine Änderung ist auch erreichbar, indem der politische Wille des Gesetzgebers mit beeinflusst wird. Das liegt vor allem in Ihrer Hand. Die nächste Möglichkeit, wieder einmal auf den Gesetzgeber Einfluss zu nehmen, besteht im September diesen Jahres.

Politische Konzeption umsetzen!

Zur Umsetzung der in der Politischen Konzeption der ISOR e.V. vorgenommenen inhaltlichen und organisatorischen Aufgabenstellung berieten die Vorstands- und Beiratsmitglieder des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Vertreter von ISOR e.V. im Altenparlament des Landtages in Güstrow.

Hauptgegenstand der Beratung war die wirksame Führung und Organisation der Vereinsarbeit im Wahljahr 2002, um den politischen Kampf zu gestalten und dazu in allen TIG

den notwendigen Willen entwickeln zu helfen sowie die Akzeptanz und Ausstrahlungskraft von ISOR im jeweiligen Territorium weiter zu erhöhen. Es wurde herausgearbeitet, dass es im Land gelingen muss, soziale Ungleichbehandlung, Rentenstrafrecht und Rentennachteile insgesamt zu Wahlkampfthemen zumachen. Unsere Beratungsposition war, wir wollen und müssen die politisch Mächtigen und die Parteien wissen lassen, dass wir als ISOR gemeinsam mit den ande-

ren Sozialverbänden bereit und in der Lage sind, uns diesbezüglich zu artikulieren. Ein gerüttelt Maß an Arbeit ist deshalb zur Erfüllung dieser Zielsetzung vonnöten.

Die Teilnehmer der Beratung sahen dazu insbesondere in der Arbeit der Vorstände der TIG zur Mobilisierung ihrer Mitglieder eine vorrangige Aufgabe. Es geht um die Nutzung der vorhandenen Gestaltungspotenziale der TIG. Parallel dazu ist das Zusammenwirken mit anderen Sozialverbänden ein sehr ernst zu nehmendes Erfordernis. Es muss gelingen, unsere Öffentlichkeitsarbeit zu qualifizieren und ISOR sowie unsere Ziele in den Medien zu platzieren. Die vom Vorstand noch zu beschließenden Wahlprüfsteine müssen wirksam in den politischen Kampf einbezogen werden.

Auf Landesebene ist die ISOR-Vertretung durch das Vorstandsmitglied Siegfried Felgner als Beauftragter des Vereins gewährleistet.

Die Schweriner TIG wird nach Auffassung der Beratungsteilnehmer als Leit-TIG im Territorium fungieren. Die Vorstands- und Beiratsmitglieder der ISOR e.V. des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden die notwendige Verantwortung wahrnehmen und zielgerichtetes Handeln in den TIG weiter entwickeln helfen.

Unser Fazit:

Die erste Beratung der Mitglieder des Vorstandes, der Beiratsmitglieder der ISOR e.V. sowie dem Mitglied des Altenparlamentes von Mecklenburg-Vorpommern war eine erfolgreiche Maßnahme.

Wir sind uns einig, diese Art und Weise der Beratung landestypischer ISOR- und TIG-Probleme und anstehender Aufgaben fortzusetzen. Als nächster Beratungstermin ist der 27.04.02, wieder in Güstrow, vorgesehen.

Horst Hartrampf

ISOR e.V. gratuliert allen Jubilaren des Monats Februar, besonders:

zum 96. Geburtstag:

Alfred Fischer, Gera

zum 92. Geburtstag:

Gerhard Auerswald, Berlin-Friedrichshain

zum 91. Geburtstag:

Lydia Rosch, Zernsdorf

zum 90. Geburtstag:

Ewald Bühner, Bad Salzung

zum 85. Geburtstag:

Hildegard Fischer, Berlin-Treptow

Franz Kusnierek, Cottbus

Ruth Mittenzwei, Gera

Herbert Schubert, Dresden

zum 80. Geburtstag:

Irmgard Darge, Schwerin

Anneliese Eckhardt, Pretzsch-Korbin

Anneliese Grüning, Halle

Fritz Herrmann, Marienberg

Anni Heyn, Suhl

Artur Hohn, Frankfurt/Oder

Heinz Jonas, Gardelegen

Werner Köppe, Saalfeld

Gerhard Kreisel, Quedlinburg

Günter Krüger, Neubrandenburg

Dora Kühn, Berlin-Friedrichsfelde

Herbert Morgenstern, Chemnitz

Charlotte Müller, Chemnitz

Ursula Neumann, Berlin-Mitte

Richard Schleicher, Frankfurt/Oder

Elfriede Schuckel, Halberstadt

Irene Seller, Gera

Ilse Wege, Halle

zum 75. Geburtstag:

Hans-Joachim Bastian, Hönow

Arndt Bergmann, Cottbus

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Johanna Ebert, Halle

Rosemarie Edler, Königs Wusterhausen

Günter Fuchs, Schwarzenberg

Wolfgang Gross, Cottbus

Günter Gruber, Neubrandenburg

Dr. Gerhard Helbig, Bln.-Friedrichsfelde

Erika Henoeh, Döbern

Edelgard Kaden, Berlin-Karlshorst

Rolf Klemm, Halle

Otto Krüger, Beeskow

Werner Kunadt, Chemnitz

Ottmar Kunze, Lützen

Ursula Lehmann, Gera

Helmut Müller, Berlin-Friedrichsfelde

Dr. Wolfgang Noack, Berlin-Friedrichsfelde

Hans Prüfer, Berlin-Lichtenberg

Rudolf Rückriem, Bitterfeld

Karl-Heinz Schäfer, Aschersleben

Hans Schönert, Berlin-Friedrichshain

Elsa Schulz, Schwerin

Harry Schuppe, Berlin-Köpenick

Leonore Stich, Suhl

Gerd Uhlig, Wildau

Marianne Wehr, Chemnitz



Die Jahresabschlussveranstaltung der TIG Pöbneck wurde mit Ehepartnern und Gästen durchgeführt. Zunächst wurden die Gründung der ISOR und die aufopferungsvolle Arbeit der Mitbegründer unserer TIG vor 10 Jahren gewürdigt. Es wurden die Höhen und Tiefen aufgezeigt, vor allem wie man versuchte, selbst von ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe in unserem Kreis einen Keil zwischen unsere Gemeinschaft zu treiben. Es sind leider auch diese Kreise, die oftmals ihren Vorteil aus unseren schwer erkämpften Erfolgen gezogen haben.

Wenn wir auch für einen Teil unserer Mitglieder der Beseitigung des Rentenstrafrechtes nähergekommen sind, ist unser Kampf zur vollständigen Beseitigung noch nicht beendet. Wir werden den solidarischen Zusammenhalt nicht aufgeben.

Einen breiteren Rahmen nahm unser gemeinsamer Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes ein. Das betraf insbesondere die Verschickung von über 400 Petitionen an Abgeordnete und Parteien, die Beteiligung an Aktionen zur Schaffung einer anderen Politik u. a. Nicht unerwähnt blieb der Einsatz und die Hilfe unserer Rechtsanwälte sowie der PDS, die unsere Forderungen im Bundestag unterstützte.

In unserer Abschlussveranstaltung verurteilten wir aufs Schärfste die menschenfeindlichen Machenschaften der Kriegstreiber und den Terrorismus, jedes Opfer ist eines zuviel.

Den Mitgliedern der TIG wurde für die gezeigte Solidarität, allen Helfern und Kasierern für die uneigennützigste Arbeit gedankt.

Fritz Wächter

★

Die TIG Cottbus kann über einen guten Start in das Jahr 2002 berichten.

Das Jahr begann mit einer Vorstandssitzung, auf der die Weichen unserer politischen und juristischen Arbeit für den nächsten Zeitraum gestellt wurden.

Grundlage bildete die politische Konzeption des Vorstandes der ISOR e.V..

Es wurden Festlegungen getroffen wie

- die Durchführung einer gemeinsamen Beratung mit den befreundeten Vereinen und Verbänden in Cottbus im März 2002,
- die zielgerichtete Arbeit mit den Kandidaten zur Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Cottbus sowie der Bundestagswahl, unter Zugrundelegung der Wahlprüfsteine unseres Vereins und
- eine wirksame Einflussnahme auf die Medien im Bereich Cottbus, um die Stimmen unserer Vereinsmitglieder öffentlich zu machen.

Mit der Realisierung dieser Aufgaben wurde begonnen.

Am 18.01.2002 folgten über 100 Mitglieder der Einladung zur ersten Versammlung dieses Jahres. Der TIG-Vorsitzende würdigte den 10. Jahrestag der Gründung der TIG. An

dieser Veranstaltung nahmen auch Mitglieder der GBM und die Kandidatin der PDS Karin Kühl für die Oberbürgermeisterwahl der Stadt Cottbus teil. Nachdem sie ihre Wahlkonzeption erläutert hatte, beantwortete sie Fragen unserer Mitglieder. Karin Kühl erhielt Zustimmung zu ihren Vorhaben, aber auch kritische und aufmunternde Worte von einzelnen Mitgliedern. Sie zeigten Wege auf, wie eine Lösung von Problemen der Stadt denkbar wäre. Die AG Recht hat bereits ihre planmäßige Arbeit mit den ersten gut besuchten Sprechstunden aufgenommen. Wir haben den Monat Januar genutzt, um bei den Mitgliedern unserer TIG die richtige Atmosphäre zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Reste des Rentenstrafrechts zu schaffen.

Werner Schmidt

★

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der Saal im „Lindengarten“ zur Ortsversammlung der TIG Schwerin Ende Januar, zu der auch Vertreter aus 11 umliegenden TIG sowie die regionalen Vorsitzenden des BRH, des DBwV und der GBM begrüßt wurden. Großes Interesse fand das Referat des ISOR-Vorsitzenden Parton zu aktuellen Hauptfragen zur Überwindung aller noch verbliebenen Elemente des Rentenstrafrechts. Auch in der Diskussion wurde die andauernde Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts gerügt.

Einmütige Zustimmung fand die Aufforderung, Abgeordnete und Kandidaten für ein Mandat in den Kommunalparlamenten, im Landtag oder im Bundestag mit den gemeinsamen Wahlprüfsteinen zu konfrontieren. Nur denjenigen gehört unsere Stimme, die sich für Rentengerechtigkeit einsetzen. Der Vorsitzende der DBwV-Kameradschaft Schwerin Einbeck rief dazu auf, solidarisches Handeln im Wahljahr zu verstärken und von den Regierungsverantwortung tragenden Fraktionen im Schweriner Landtag Taten im Sinne unseres berechtigten Anliegens zu fordern.

Karl Bachmann

★

Die TIG Stendal organisierte unter Einbeziehung der „Altmark Zeitung“ eine Spendenaktion für Kuba. Innerhalb kurzer Zeit wurde eine Autoladung dringend benötigter Güter gesammelt und an die AG „Cuba si“ übergeben.

Helmut Stefan

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienhaus mit Sauna, Rüdnitz/Brandenburg (Hausprospekt) Tel.: 03338-760278

★

Ferienwohnung/-zimmer in Schleusingen (Hausprospekt) Tel.: 036841-47598 oder www.schleusingen.de/ratschererhoehe

Insiderkomitee im Internet

Erste Reaktionen auf die Ankündigung des Buches zur Abwehrarbeit des MfS zeigen das berechtigte Interesse an sachlichen, objektiven und kompetenten Informationen über die Tätigkeit des MfS. Wer sich alternativ zum herrschenden Zeitgeist und den im Zuge der „Stasi-Hysterie“ weitgehend gleichgeschalteten Medien über das MfS informieren möchte, kann im INTERNET die Adresse

www.mfs-insider.de

aufrufen. Es handelt sich dabei um die Webseite des „Insiderkomitees zur kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“, einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM). Diese Webseite enthält mehr als 150 Einzelbeiträge, so zum Inhalt alternativer Geschichtsforen und Diskussionsveranstaltungen, diverse Abhandlungen, Interviews, veröffentlichte und nicht veröffentlichte Leserbriefe, Glossen und Zitate sowie eine Übersicht zu relevanten Buchveröffentlichungen.

Frühjahrestreffen ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen der DDR.

Am 23.03.2002, findet im „Casino“ Adlershof, in 12484 Berlin-Adlershof, Rudower Chaussee Nr. 4, Haus 43 ein weiteres Treffen ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen der DDR statt.

Beginn: 10.00 Uhr Einlaß ab 08.30 Uhr.

Der Hauptbeitrag wird gehalten von *Werner Eberlein*.

Ende der Veranstaltung gegen 15.00 Uhr. Dazu lädt die Arbeitsgruppe ehemalige Angehörige der GT der DDR alle Interessierten herzlich ein.

i. A. Horst Bracke



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HEINZ ANDERS, Grimmen
 HELMUT BÖGEL, Cumlosen
 HEINZ BORTH, Oranienburg
 JOACHIM CRUNO, Dresden
 EGBERT DIETZEL, Glienicke/Nordbahn
 EWALD DOTZLAFF, Rostock
 GERHARD FEIG, Annaberg-Buchholz
 CHRISTINE GEMEINHARDT, Bln.-Lichtenberg
 WERNER GIEMSA, Merseburg
 DIETER GLEISBERG, Berlin-Friedrichsfelde
 FRITZ GRÄSER, Erfurt
 SIEGFRIED HECKEL, Wernsdorf
 GÜNTER HEMPEL, Eisenhüttenstadt
 REIMUND HERTRAM, Eisenach/Stockhausen
 HEINZ HESSEL, Berlin-Hohenschönhausen
 HERMANN HILBIG, DRESDEN
 KURT HOLLAND, Berlin-Friedrichshain
 WERNER HUMMEL, Gera
 RUDOLF JUNGMEISTER, Flöha
 ERNST-MICHAEL KANOW, Berlin-Marzahn
 SONJA KARING, Chemnitz
 URSULA KÖTH, Erkner
 PROF. DR. LOTHAR KOLB, Berlin-Treptow
 GÜNTER KREPEL, Tangerhütte
 HEINZ KUMMERENZ, Potsdam-Babelsberg
 GÜNTER LUDWIG, Ebersbach
 FRITZ LUTHER, Schwarzenberg
 ANNA MÄLZER, Berlin-Treptow
 WERNER MELIB, Erfurt
 NORBERT MENZ, Tambach-Dietharz
 HEINZ MEUSEL, Thyrow
 KURT NEUMANN, Berlin-Treptow
 REIMAR OTTO, Schwerin
 KARL-HEINZ PRESTIN, Rostock
 GERDA RAUCH, Riesa
 GISELA RÄTZEL, Magdeburg
 HEINZ REBENTISCH, Berlin-Köpenick
 HEINZ SCHEFFLER, Schwarzenberg
 BRUNO SCHRÖTER, Frankfurt/Oder
 ALFRED SIECHOLD, Quedlinburg
 DIETER THRÄNE, Seiffhennersdorf
 ROLF TITTELBACH, Gera
 HORST TSCHISGALE, Cottbus
 WOLFGANG WESEMAYER, Berlin-Treptow

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 5. 2. 2001

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Zwanzig Ehemalige – darunter zwölf Leiter zentraler Strukturbereiche und Diensteinheiten – äußern sich umfassend, detailliert und sachlich zur Abwehrarbeit des MfS.

Damit wird dieses Sachbuch zu einem unverzichtbaren Standardwerk für alle, die sich mit der DDR und ihrer Sicherheit befassen. Rechtsanwalt Peter-Michael Diestel, der als letzter Innenminister der DDR das MfS/AfS auflöste, liefert mit seiner Sicht auf das Thema einen gleichermaßen substantiellen wie brillanten Einstieg.

Die Autoren betrachten ihre Texte auch als prinzipielle Antwort auf unzählige Veröffentlichungen seit 1990, die auf Verleumdung, Diskriminierung und Kriminalisierung des MfS und seiner Tätigkeit zielten. Es ist der Versuch einer kompetenten zeitgemäßen Reaktion auf den inkompetenten Zeitgeist.



Grimmer, Irmner,
Opitz, Schwanitz (Hrsg.)
Die Sicherheit
Zur Abwehrarbeit des MfS
ca. 1000 S.
geb., 2 Bde., im Grauschuber,
ca. 54,00 € Subskriptions-
preis bis zum 30. 6.,
68,00 € ab 1. 7. 2002
ISBN 3-360-01030-2
Erscheint im März

Die Autoren

Hardi Anders,
Karli Coburger,
Manfred Dietze,
Reinhard Grimmer,
Siegfried Hähnel,
Werner Irmner,
Alfred Kleine,
Horst Männchen,
Günter Möller,
Gerhard Neiber,
Gerhard Niebling,
Willi Opitz,
Gerhard Plomann,
Siegfried Rataizik,
Peter Rauscher,
Bernhard Riebe,
Wolfgang Schmidt,
Wolfgang Schwanitz,
Dieter Skiba,
Wolfgang Stuchly.

Die Themen

- Sicherheitspolitik, staatliche Sicherheit und MfS
- Hauptaufgaben, Mittel und Methoden der Abwehr
- Zusammenarbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern
- Observation, Operative Ermittlung und Beobachtung
- Geheimdienste und Spionageabwehr
- Funkabwehr und -aufklärung
- Schutz der politischen Grundlagen
- Sicherung der Volkswirtschaft
- Gegen das Verlassen der DDR, gegen Menschenhandel und Bandenkriminalität
- Militärabwehr
- Terrorabwehr
- MfS und Verteidigungszustand
- Untersuchungstätigkeit und Untersuchungshaftvollzug
- Hochschule des MfS
- Akten, Karteien und eine Behörde

Die Presse

Bereits die Verlagsankündigung veranlaßte einige Redaktionen zu Reaktionen. Die Nachrichtenagenturen **dpa** und **AP** kündigten am 9. Januar das Erscheinen des Buches an. Die Meldung wurden in vielen Tageszeitungen der Bundesrepublik veröffentlicht, das **Neue Deutschland** brachte sie sogar auf Seite 1. Auslöser war ein redaktioneller Artikel in der **Mitteldeutschen Zeitung** am Tage zuvor, in welchem der Beitrag von Peter-Michael Diestel herausgestellt worden war. Das Interesse der Medien führte offenkundig zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei der Leserschaft. Es gibt seither eine erkennbare Nachfrage im Buchhandel.

Eine Neuauflage von bleibender Aktualität. Drei Jahrzehnte verdrängt – aber nie vergessen. Das Buch über die Nazis, die an der Wiege der Bundesrepublik standen.

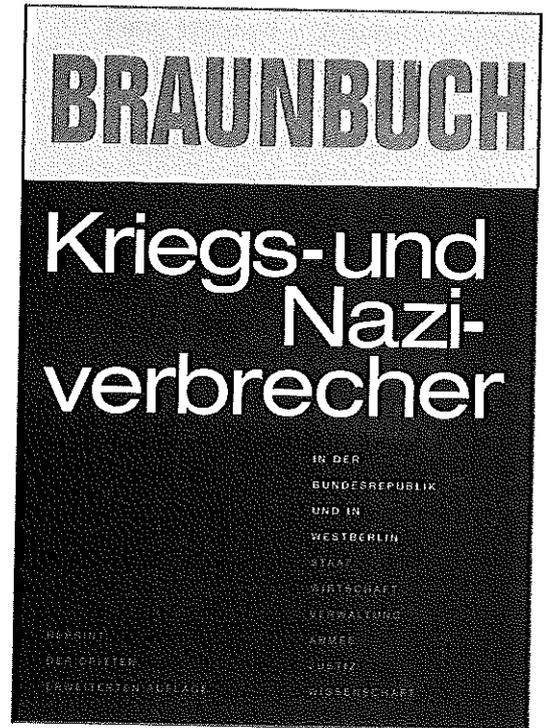
Das »Braunbuch« ist ein Standardwerk. Die DDR zog es Ende der 60er Jahre aus dem Verkehr, um die sich anbahnende Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Berlin nicht zu gefährden. Das Buch galt als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik, weil es deren Führungspersonal denunzierte. Gleichwohl stimmten die Fakten. Und sie stimmen noch immer. Insofern ist dieser Neudruck eine innere Einmischung.

Die Auseinandersetzung um die DDR hat die Debatte über die Geschichte der Bundesrepublik in den Hintergrund treten lassen. Das ist ein Fehler. Die DDR ist ein abgeschlossenes Geschichtskapitel – die Bundesrepublik aber existiert fort. Und auch Ihre Fehler leben weiter, wenn sie denn nicht thematisiert werden und zu Schlüssen führen.

Wenn etwa Fragen zu aktuellem Rechtsextremismus und Rassismus gestellt werden, sollte man in die Antworten auch die Nachkriegsgeschichte einbeziehen. Das »Braunbuch« beweist: Es gab eine

personelle Kontinuität vom Nazireich zur Bundesrepublik, die nicht ohne Folgen für die Verfaßtheit der frühen Bundesrepublik blieb. Trotz 68er Bewegung gibt es Prägnanzen, die unverändert wirken.

Dieses Thema beschäftigt zunehmend. In der ARD gibt es im Frühjahr 2002 eine fünfteilige Dokumentation über Hitlers Eliten nach 1945. Nicht grundlos wurden von den Redakteuren Herausgeber des »Braunbuchs« als Zeugen konsultiert. Mit einem Interview mit Prof. Dr. Gerhard Dengler, dem damaligen Leiter des Autorenkollektivs.



Norbert Podewin (Hg.)
Braunbuch
 Kriegs- und Nazi-verbrecher
 in der Bundesrepublik und Westberlin.
 Reprint und Kommentar
 ca. 544 S., geb.,
 ca. 22,50 €
 ISBN 3-360-01033-7
 Erscheint im Februar

Der Herausgeber, Dr. Norbert Podewin – Historiker, Autor einer viel beachteten Ulbricht-Biographie, Biograph von Albert Norden und von Friedrich Ebert sr. und jr. –, gehörte in den 60er Jahren einem Autorenkollektiv an, das die Fakten zum »Braunbuch« zusammentrug. Rund 1.700 Persönlichkeiten der Bundesrepublik mit brauner Vergangenheit wurden darin vorgestellt.

Zur gefl. Beachtung! Ihre Bestellung wird über die Versandbuchhandlung Kohlibri ausgeführt. Zusendung und Berechnung erfolgen porto- und versandkostenfrei!

Ich bestelle die nebenstehend von mir genannten Exemplare.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bestellcoupon, für Fensterkuvert vorbereitet. Oder an den Verlag faxen: 030-23 80 91 23

___ Ex. Die Sicherheit (2 Bde.) 54,00 €
 ___ Ex. Braunbuch 22,50 €

Andere Titel von Das Neue Berlin und edition ost:

___ Ex. Sigmund Jähn 17,50 €
 ___ Ex. Werner Eberlein 19,90 €
 ___ Ex. Wenzel, Was war die DDR wert? 14,90 €
 ___ Ex. Margot Honecker 14,90 €
 ___ Ex. Werner Großmann 17,50 €
 ___ Ex. Wagner, Schöne Grüße aus Pullach 14,90 €
 ___ Ex. Wagner, Das Stasi-Syndrom 14,90 €
 ___ Ex. Berliner, Der Resident 14,90 €
 ___ Ex. Eichner/Dobbert, Headquarters Germany 14,90 €
 ___ Ex. Malchow, Der Letzte macht das Licht aus 14,90 €
 ___ Ex. Jablonsky/Wünsche, Im Gleichschritt? 14,90 €
 ___ Ex. Hellmann, Mein erstes Leben 12,90 €
 ___ Ex. Mittmann, Tatzeit 12,90 €
 ___ Ex. Mittmann, Aktion Roland 12,90 €
 ___ Ex. Mittmann, Mordverdacht 12,90 €
 ___ Ex. Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde 14,90 €

An den
 Verlag Das Neue Berlin
 Rosa-Luxemburg-Str. 39
 10178 Berlin

Fax-Nr.: 030-23 80 91 23